

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß)

zu dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/3348 —

Einstellung der Bauarbeiten zur Kanalisierung der Saar

A. Problem

Die Bundesregierung soll dazu aufgefordert werden, die Bauarbeiten zur Kanalisierung der Saar sofort und endgültig einzustellen und die freiwerdenden Mittel der saarländischen Landesregierung für ein Notprogramm zur Abwassersanierung zur Verfügung zu stellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß

C. Alternativen

Der Vertreter der Fraktion DIE GRÜNEN besteht auf Annahme des Antrages.

D. Kosten

entfallen

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 10/3348 — abzulehnen.

Bonn, den 25. Juni 1986

Der Ausschuß für Verkehr

Lemmerich	Pauli
Vorsitzender	Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Pauli

Der Antrag in Drucksache 10/3348 wurde in der 168. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. Oktober 1985 dem Verkehrsausschuß federführend sowie dem Innenausschuß, dem Wirtschaftsausschuß und dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen. Der Verkehrsausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 25. Juni 1986 behandelt.

Ziel des Antrages ist folgendes:

1. Die Bauarbeiten zur Kanalisierung der Saar sollen sofort und endgültig eingestellt werden.
2. Die für die Saar-Kanalisierung eingesetzten Gelder sollen der saarländischen Landesregierung für ein Notprogramm zur Abwassersanierung zur Verfügung gestellt werden.

Zur Begründung wird angegeben, daß die Saar-Kanalisierung ökologisch und wirtschaftlich unverträglich sei. Für die saarländische Wirtschaft sei es auch zukünftig günstiger, alle Transporte über die Deut-

sche Bundesbahn abzuwickeln. Frühere Wirtschaftlichkeitsberechnungen seien durch die zwischenzeitliche Entwicklung überholt.

Der Verkehrsausschuß hat den Antrag mit Stimmenmehrheit gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Er stellt fest, daß die Arbeiten an der Saar-Kanalisierung bereits weit fortgeschritten sind. Eine Einstellung der Bauarbeiten zum jetzigen Zeitpunkt wäre eine erhebliche Schädigung der saarländischen Wirtschaft und würde zum Verlust zahlreicher Arbeitsplätze führen. Es würden Bauruinen übrig bleiben, die im Interesse des Schutzes der Landschaft nicht hingenommen werden können; die Einstellung der Bauarbeiten wäre überdies ein Bruch bestehender Verträge.

Der Verkehrsausschuß schlägt in Übereinstimmung mit allen mitberatenden Ausschüssen vor, den Antrag abzulehnen.

Bonn, den 25. Juni 1986

Pauli
Berichtersteller